

Falschmeldung? Na wenn schon! Empörung über angebliche Kennzeichnungspflicht für Juden in Iran Knut Mellenthin

Erschreckendes hatte die israelische Presse am Freitag wieder einmal aus dem Iran zu melden: Das Teheraner Parlament habe am Montag eine Kennzeichnungspflicht für Angehörige der nicht-moslemischen Religionsgemeinschaften beschlossen. Juden müßten künftig einen gelben Stoffstreifen an der Kleidung tragen, Anhänger des Zarathustra-Kults einen blauen Streifen und Christen ein rotes Abzeichen.

Angesichts dieser haarsträubenden Neuigkeit verwiesen die israelischen Zeitungen in Wort und Bild (Fotos von Judensternen) auf das NS-Vorbild. Ein naheliegender Vergleich. Nur stimmte die ganze Geschichte überhaupt nicht. Das hätte jeder seriös vorgehende Journalist von Israel aus durch Recherchieren leicht und schnell feststellen können. **Angefangen bei der Tatsache, daß dem iranischen Parlament ein Vertreter der jüdischen Gemeinschaft angehört, der kein Blatt vor den Mund zu nehmen pflegt, beispielsweise bei der Zurückweisung israelfeindlicher Äußerungen von Präsident Mahmud Ahmadinedschad.** Außerdem gibt es in Israel selbstverständlich Experten, die von Berufs wegen alle Ereignisse im Iran sehr aufmerksam verfolgen. Mehrere von ihnen stammen selbst aus dem Iran.

Die Falschmeldung war am Freitag zuerst in einer kanadischen Zeitung erschienen, der *National Post*. Das Blatt gehörte früher zum neokonservativen Hollinger-Konzern. Urheber der Falschmeldung war der Exil-Iraner Amir Taheri, der berühmteste Vorzeigeperser der Neocons, der schon seit Jahren regelmäßig in der *National Post* publiziert. Taheri war von 1972 bis zum Sturz des Schah-Regimes, 1979, Chefredakteur der größten iranischen Tageszeitung. Quellen für seine Story über die Kennzeichnungspflicht nannte Taheri nicht.

Inzwischen hat der jüdische Abgeordnete im Teheraner Parlament, Maurice Motammed, die Meldungen über die Kennzeichnungspflicht als »komplette Fälschung« und »total unwahr« zurückgewiesen. »Das ist eine Lüge, und die Leute, die sie erfunden haben, verfolgen damit politische Ziele.« Er sei bei der entscheidenden Abstimmung dabei gewesen, und **von religiösen Minderheiten stehe überhaupt nichts in dem Gesetz. Das wurde am Sonnabend auch von der Presseagentur AP bestätigt, der eine Kopie des Gesetzes vorliegt.** Darin geht es um den auch unter Irans Politikern umstrittenen Versuch, die in der Praxis aufgeweichte rigide »Kleiderordnung«, insbesondere für Frauen, wieder zu festigen. Das Gesetz ist in der vorliegenden Form noch nicht definitiv beschlossen und stellt den Versuch eines Kompromisses zwischen Hardlinern und Reformern dar.

Die wenigen Stunden, in denen die Falschmeldung unrecherchiert in der Welt war, reichte für einige erstaunliche Aktivitäten. Das Simon Wiesenthal Center in Los Angeles beispielsweise richtete, offenbar vorab von der *National Post* oder von Taheri informiert, noch vor Erscheinen des Artikels einen Protestbrief an UNO-Generalsekretär Kofi Annan. Das neue Gesetz erinnere an den Holocaust, hieß es da. Iran nähere sich der Nazi-Ideologie, und der internationale Druck auf Teheran müsse verschärft werden. Die Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations, das Dachgremium aller großen jüdischen Verbände der USA, fühlte sich ebenfalls an die Nazi-Ära erinnert. Unter den Äußerungen israelischer Politiker fiel besonders die von Jossi Beilin, Chef der Meretz-Partei, auf, der noch vor kurzem als Linker und sogar als Pazifist galt: Jetzt sei es Zeit, alle Juden aus dem Iran zu evakuieren. Die Anstrengungen zum Sturz der »Hitleristen« in Teheran müßten beschleunigt werden.

Alle diese Äußerungen wären vermeidbar gewesen, wenn man sich einige wenige Stunden für Nachfragen Zeit gelassen hätte. Aber offensichtlich ist die Hemmschwelle, wenn es um die Kampagne gegen Iran geht, mittlerweile sehr tief gesunken. Im Iran leben 25000 bis bis 30000 Juden. Das ist, abgesehen natürlich von Israel, die größte jüdische Gemeinschaft in der Region. Juden sind in der Geschichte Irans nie verfolgt worden, und auch heute sind sie nach Aussagen israelischer Experten keinen Diskriminierungen ausgesetzt.

Mediale Kriegsvorbereitung – Rassismus-Vorwurf gegen Iran

20.05.2006

Zahllose Medien greifen seit Freitag größtenteils völlig kritiklos eine Meldung einer kanadischen Zeitung auf, der zufolge Nicht-Muslime - namentlich Christen, Juden und Zoroastristen - zukünftig nach Glaubensrichtung unterschiedlich gefärbte Bänder tragen müssen.

Die ursprüngliche, mittlerweile schon nicht mehr über das Internet verfügbare Meldung wurde von der kanadischen "National Post" verbreitet, einer "konservativen" Zeitung mit guten Beziehungen zu "Neo-Konservativen", die sich immer wieder lautstark für Israel einsetzt. Unter Berufung auf Exil-Iraner - eine Quellenart, deren Zuverlässigkeit sich schon bei den "irakischen Massenvernichtungswaffen" gezeigt hat - hieß es dort, ein bereits vor zwei Jahren entworfenes Gesetz sei nun von dem iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadi-Nejad "wieder aufgegriffen" worden. Nachdem das iranische Parlament das Gesetz am Montag verabschiedet habe, müsse es nur noch von dem iranischen Staatsoberhaupt Ayat Allah Seyyed Ali Hossayni Khamenei bestätigt werden. Danach müßten dann entsprechend dieser neuer "Kleiderordnung" Juden gelbe Bänder, Christen rote und Zoroastristen blaue tragen. Weitere Farben seien für andere Religionen vorgesehen. Auf diese Art sei es Muslimen möglich, Menschen anderer Religionen zu identifizieren und den Kontakt mit ihnen zu vermeiden.

Trotz der Schwere dieses Vorwurfs und der Tatsache, daß folgende Meldungen sich nur auf eine einzige Quelle berufen konnten - die in Kanada gern als "Fascist Post" oder "Zionist Post" tituiert wird - verbreitete sich diese Behauptung schnell in den Medien, insbesondere im englischsprachigen Raum. Aber auch deutschsprachige Medien griffen die Meldung auf. So veröffentlichte beispielsweise der österreichische ORF einen [Artikel](#) mit dem Titel "Iran plant optische Kennzeichnung von Nicht-Moslems". Auch die österreichische Kronen-Zeitung titelte eine [Meldung](#) mit "Wie im 3. Reich - Aufregung um gelbe Bänder für Juden im Iran". Auffallend ist hierbei, daß zwar in Meldungen durchaus auf Dementis iranischer Politiker hingewiesen wurde - so zitierte die Kronen-Zeitung beispielsweise Maurice Motammed, eine Abgeordneten im iranischen Parlament jüdischen Glaubens, mit den Worten, die Berichte seien "in allen ihren Teilen erfunden und völlig falsch", dies aber nur sehr selten Eingang in die Titel der Meldungen fand.

Besonders bemerkenswert ist hier zweifellos ein der Meldung besonders unkritisch gegenüberstehender [Artikel](#), der von Ulrich Sahn bei n-tv veröffentlicht wurde. Nicht nur, daß darin die Vorwürfe wiederholt wurden, es wurde sogar zur Veranschaulichung ein Bild einer "Stoffbahn mit 'Judensternen'" beigefügt. Auch der Leiter des Simon-Wiesenthal-Zentrum, Rabbi Marvin Hier, griff den Artikel der National Post bereits am Donnerstag, noch vor dessen Veröffentlichung, auf und forderte in einem [Schreiben](#) an den UN-Generalsekretär Kofi Annan eine Untersuchung.

Am Samstag veröffentlichte die National Post selbst einen weiteren [Artikel](#), in dem sich die Zeitung durch Zitate von zahlreichen Personen, darunter auch Hormoz Ghahremani, einem Sprecher der iranischen Botschaft in Ottawa, von dem ursprünglichen Artikel distanzierte. Die israelische, zur Yedioth-Gruppe gehörende ynetnews veröffentlichte am Samstag einen Artikel mit dem Titel "Iran: Gelbe Bänder-Bericht falsch". Auch die Jerusalem Post, die ebenfalls in mehreren Berichten zitiert worden war, obgleich sie sich wiederum nur auf die National Post berief, veröffentlichte am Samstag einen [Artikel](#), der klarstellte, daß die Vorwürfe nicht der Wahrheit entsprechen.

[Tatsächlich](#) diskutiert das iranische Parlament nur über ein Gesetz, das iranische Frauen beispielsweise durch höhere Importzölle auf importierte Kleidung und eine Anzeigenkampagne "motivieren" soll, "islamische" Kleidung zu tragen.

Auch wenn mittlerweile zahlreiche Medien diese Klarstellung verbreiten - allerdings beileibe nicht alle, die auch die ursprüngliche Meldung veröffentlichten, so ist doch klar, daß auch diese offensichtliche Propagandameldung ihre Spuren in den Köpfen der Menschen hinterlassen wird. Einmal mehr wurde der Iran so als rassistisches Land dargestellt - ein weiterer Schritt zu dem nächsten Angriffskrieg.